Nushası 5 Kuruştur

ABONE
(Posta ücreti dahil olmak üzre)

		dahil için	hariç için
Aylık	Türk lirası	1.50	RM. 5.—
Üç aylık	„	4.25	„ 13.—
Altı aylık	„	8.—	„ 25.—
Bir senelik	„	15.—	„ 50.—

yahud mukabili

Pazardan başka her gün çıkar

İdarehane:
Beyoğlu, Curnal sokağı 7
Telgraf adresi: Türkpost
Telefon: 44.606
Posta Kutusu: İstanbul 1269

Türkische Post

Preis der Einzelnummer 5 Kuruş

BEZUGSPREISE

	Inland	Ausland
für 1 Monat	Tpf. 1.50	RM. 5.—
„ 3 Monate	„ 4.25	„ 13.—
„ 6 Monate	„ 8.—	„ 25.—
„ 12 Monate	„ 15.—	„ 50.—

oder Gegenwert

Erscheint täglich außer Sonntags

Geschäftsleitung:
Beyoğlu, Curnal sokağı 7
Drahtanschrift: Türkpost
Fernsprecher: 44.606
Postfach: Istanbul 1269

11. Jahrgang Nr. 3037 — Tageszeitung — Istanbul, Donnerstag, 24. Dez. 1936

Meinungsaustausch am Quai d'Orsay beendet

Türkisch-französische Verhandlungen unterbrochen

Letzter Vorschlag: Bildung eines Staatenbundes zwischen Syrien, Libanon und dem Sandschak von den Franzosen abgelehnt — Die Aufgabe des Völkerbundsberichterstatters

Paris, 23. Dez. (A.A.)

Die Havas-Agentur teilt mit:

Die türkisch-französische Konferenz die am Nachmittag im Außenministerium stattfand, dauerte nur kurze Zeit und beendete den Meinungsaustausch, der über die Frage des Sandschak Alexandrette am Montag aufgenommen worden war da beide Parteien weiterhin auf ihrem Standpunkt beharrten.

Es besteht die Möglichkeit, daß entsprechend den Entschließungen des Völkerbundsrates die Besprechungen wiederaufgenommen werden, um vor dem Wiederzusammentritt des Rates zu einer Verständigung zu gelangen, und daß der Berichterstatter des Völkerbundsrates, Sandler, neue Verhandlungen anbahnt.

*

Während der türkisch-französischen Besprechungen beharrten die türkischen Vertreter auf ihrem Standpunkt hinsichtlich der Lostrennung des Sandschak Alexandrette von Syrien und brachten die Schaffung eines Staaten-Bundes in Vorschlag, in den der Sandschak genau wie Syrien und Libanon als ein Freistaat aufgenommen werden würde. Auf diese Weise wäre auch die Verbindung zwischen Syrien und dem Sandschak aufrechterhalten, deren Bestehen von Frankreich gewünscht wird.

Die französischen Vertreter lehnten jedoch desen Vorschlag ab und führten an, daß dieser Vorschlag die Zerstückelung Syriens nicht verhindert und daß er den Verträgen widerspreche, die Frankreich mit Damaskus und Beirut abgeschlossen hat. Die Franzosen erklärten sich zu allen Erleichterungen bereit, um die Garantien für die türkischen „Minderheiten" im Geiste des Ankaraer Vertrages von 1921 zu verstärken.

Als der türkische Außenminister aufgrund neuer Weisungen, die er erhalten hatte, den Standpunkt vertrat, daß die einzige Grundlage für die Verhandlungen die Anerkennung des Grundsatzes der Lostrennung des Sandschak Alexandrette von Syrien ist, waren beide Teile der Ansicht, daß es besser sei, die Besprechungen nach Rückkehr Dr. Aras' nach der Türkei wiederaufzunehmen und sie bekräftigten neuerdings die früher von ihnen abgegebene Erklärung, daß der Konflikt um Alexandrette der französisch-türkischen Freundschaft niemals Schaden zufügen werde.

Kommuniqué des französischen Außenministeriums

Paris, 23. Dez. (A. A.)

Das Französische Außenministerium gab an die Presse folgendes Communiqué über die türkisch-französische Aussprache:

„Der Völkerbundsrat, der in seiner letzten Sitzung die Ausführungen der französischen und türkischen Abordnungen über den Sandschak Alexandrette anhörte, hatte beschlossen, die Behandlung der Kernfrage der Angelegenheit bis zu seiner ordentlichen Sitzung im Januar 1937 zurückzustellen und empfahl den beiden beteiligten Parteien, in der Zwischenzeit unter Fühlungnahme mit dem Berichterstatter, dem schwedischen Außenminister Sandler, die Verhandlungen fortzusetzen.

Antsprechend diesem Beschluß traf der türkische Außenmnister Dr. Aras in Begleitung des Staatssekretärs für Auswärtige Angelegenheiten, Numan Menemencioğlu und des Generalsekretärs des Präsidenten der Türkischen Republik, Hasan Rıza Soyak, auf Einladung der französischen Regierung in Paris ein.

Die Mitglieder der türkischen Abordnung führten Besprechungen mit dem Außenminister Delbos, mit dem Unterstaatssekretär des Ministeriums, Vienot, und ihren Kollegen. Der schwedische Gesandte in Bern und Berichterstatter des Völkerbundes, Westman, wohnte diesen Besprechungen bei.

Da der stattgefundene Meinungsaustausch zu keinem Ergebnis führte, haben die beiden Parteien erwogen, die Verhandlungen vor der nächsten Sitzung des Völkerbundes in diplomatischer Form unter vorheriger Fühlungnahme mit dem Berichterstatter wiederaufzunehmen."

Paris, 23. Dezember.

Der türkische Außenminister Dr. Aras hatte vor dem Abbruch der Verhandlungen noch als letzte Möglichkeit die Bildung eines Staaten-Bundes zwischen Syrien, Libanon und dem Sandschak Iskenderun in Vorschlag gebracht, wobei jeder der Union-Staaten eine selbständige Verwaltung und Gerichtsbarkeit erhalten sollte. Auf diese Weise wollte die türkische Abordnung verhindern, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Türkei und Frankreich Trübungen erfahren und erschüttert werden.

Die Franzosen beharrten aber hartnäkkig auf ihrem Standpunkt, wonach der Sandschak im Rahmen des syrischen Staatengebildes lediglich eine Selbstverwaltung genießen soll.

Essen zu Ehren des türkischen Außenministers

Paris, 23. Dez. (A.A.)

Der türkische Botschafter Suad Davaz gab heute zu Ehren des türkischen Außenministers Dr. Aras und der türkischen Abordnung ein Mittagessen.

Dr. Aras wird heute um 8 Uhr abends mit Daladier verhandeln. Der türkische Außenminister wird voraussichtlch morgen abend Paris verlassen, um nach Ankara zurückzukehren.

Falih Rıfkı Atay schreibt in der „Ulus" . . .

Ankara, 24. Dezember.

In der heutigen „Ulus" veröffentlicht Falih Rıfkı Atay einen Aufsatz über die Meinungsverschiedenheit um den Sandschak Alexandrette und schreibt u. a.:

„Die erste Fühlungnahme, die auf Einladung Frankreichs in Paris stattfand, hat zu keinen anderen Ergebnissen als zur Feststellung des entgegengesetzten Standpunktes der beiden Parteien geführt. Nach den vorliegenden Drahtmeldungen fordert die Türkei für den Sandschak Alexandrette Unabhängigkeit wie sie Syrien und Libanon zuerkannt wurde. Die Verbindung zwischen dem Sandschak und diesen beiden neuen Staaten kann am besten ein Staatenbund herstellen, in dem alle drei Länder unter gleichen Bedingungen zusammengefaßt werden.

Nach französischer Auffassung bedeutet dies aber die Zerstückelung Syriens und stellt sich gegen die Verträge, die Frankreich mit Damaskus und Beirut abgeschlossen hat.

Wenn diese Verträge tatsächlich unter Nichtberücksichtigung der Abmachungen zwischen Frankreich und der Türkei aus dem Jahre 1921 abgeschlossen sein sollten, dann sind wir schließlich dafür nicht verantwortlich. Wenn in der Tat etwas angetastet ist, so sind es diese Abmachungen und die sich auf diese Abmachungen aufbauenden Rechte der türkischen Mehrheit des Sandschak Alexandrette.

Im letzten Absatz der Havas-Meldung, von der man nicht weiß, wer sie verfaßt hat, wird von der französisch-türkischen Freundschaft gesprochen. Die Freundschaft, von der die Rede ist, kann unmöglich in den Beziehungen zu suchen sein, die man jetzt unterhält, und die dem einen Partner so teuer zu stehen kommen, daß sie ihn zu Opfern zwingen. Wir erblicken wahre Freundschaft ein Ausdruck guten Einvernehmens und in der Anerkennung der Rechte der Freunde".

Noch keine Entscheidung im Nichteinmischungsausschuß

Für verstärkte Ueberwachung der Waffensendungen nach Spanien

Burgos und Valencia eine neue Frist gestellt

London, 24. Dezember.

Der Hauptausschuß des Londoner Nichteinmischungsausschusses trat gestern zusammen, um erneut über den Plan einer Kontrolle der Waffeneinfuhr nach Spanien zu beraten. Man einigte sich dahin, die einzelnen Regierungen zu bitten, sich bis längstens 4. Januar 1937 darüber zu äußern, ob sie bereit sind, sich an der geplanten Kontrolle zu beteiligen.

*

London, 23. Dezember (A.A.)

Die verstärkte Ueberwachung, die von dem Nichteinmischungsausschuß angeregt worden ist wird um mehrere Tage, vielleicht sogar um mehrere Wochen verschoben werden, denn der Unterausschuß hat gestern nachmittag keine Entscheidung über die drei wichtigsten Fragen getroffen:

Es handelt sich erstens um die Antworten der Regierung von Valencia und der Burgos-Regierung. In Berücksichtigung der Note des Generals Franco, die man als eine Ablehnung betrachten kann, beschloß der Ausschuß, General Franco und der Regierung in Valencia alle Einzelheiten des Ueberwachungsplanes zu unterbreiten und gleichzeitig die Aufforderung hinzuzufügen, innerhalb von 10 Tagen eine Antwort zu erhalten. Der sowjetrussische Botschafter in London bezeichnete die Antwort des Generals Franco als anmaßend und drückte den Wunsch aus, in dem gleichen Tone zu antworten.

Zweitens beschloß der Unterausschuß, den verschiedenen Regierungen einen neuen Plan zur Ueberwachung der Luftstreitkräfte zu unterbreiten.

Drittens kam man hinsichtlich der Freiwilligen und der finanziellen Unterstützung der beiden kriegführenden Parteien in Spanien überein, auf Vorschlag des deutschen Vertreters zwei technische Unterausschüsse zu ernennen.

*

London, 23, Dezember (A.A.)

In dem Bericht des Nichteinmischungsausschusses wird folgendes ausgeführt:

Die Ausschuß-Vertreter sind übereingekommen, daß es von größter Wichtigkeit sei, daß sobald wie möglich ein Ueberwachungsplan verwirklicht und in Kraft treten würde. Die Mitglieder haben sich weiter verpflichtet, ihren Regierungen vorzuschlagen, sich mit allen Kräften für die Erreichung dieses Zieles einzusetzen.

Der Vertreter Portugals erklärte, daß die Haltung seiner Regierung hinsichtlich dieses Planes unverändert bleibe.

Der sowjetrussische Vertreter bemängelte stark die Antwort des Generals Franco.

Der Havas-Berichterstatter meldet aus Avila, daß General Franco gestern nachmittag in Avila eingetroffen ist und längere Aussprachen mit den Generälen Mola und Saliquet gehabt habe. General Franco hat sich am Abend wieder nach Salamanca begeben.

Der Londoner „Pat"-Berichterstatter weiß zu melden . . .

Warschau, 23. Dezember (A.A.)

Der Londoner Berichterstatter der polnischen Agentur „Pat" will aus gut unterrichteter Quelle erfahren haben, daß die von Ribbentrop im Laufe seiner kürzlichen Unterredungen mit Eden eingenommene Haltung darauf schließen läßt, daß die Reichsregierung ihren Standpunkt hinsichtlich des französisch-sowjetrussischen Vertrages geändert habe, jedoch unter der Bedingung, daß die Festlegung des Angreifers abgeändert werde.

Der gleiche Berichterstatter ist der Auffassung, daß eine englisch-deutsche Wiederannäherung verwirklicht werden könnte. Dies würde den Weg zu einem neuen Locarno freimachen, falls Frankreich bereit sei, ihm zuzustimmen.

Man glaubt, daß der sowjetrussische Botschafter in London, Maisky, bereits von den deutschen Anregungen Kenntnis genommen hat.

Andererseits meldet man, daß von Ribbentrop Eden gegenüber seine Ueberraschung ausgedrückt habe, daß die englische Regierung Deutschland, Rußland und Italien für die spanischen Ereignisse verantwortlich halte und Frankreich nicht erwähne. Dies, so erklärt man, veranlaßt die Reichsregierung zu glauben, daß ein geheimes Bündnis zwischen Großbritannien und Frankreich besteht.

Noch keine Einigung im Fernen Osten

Nanking, 24, Dezember.

Die Verhandlungen wegen der Freilassung des in Sianfu gefangen gehaltenen chinesischen Marschalls Tschiangkaischek haben noch zu keinem Ergebnis geführt. In Kreisen der chinesischen Zentralregierung rechnet man damit, daß die Unterhandlungen noch einige Tage dauern werden. Während dieser Zeit soll die Stadt Sianfu nicht durch Regierungsflugzeuge angegriffen werden.

*

In Nanking waren gestern Gerüchte verbreitet, wonach der aufständische General Schangsuehliang bereit sei, China zu verlassen. Inzwischen haben die Truppen der Zentralregierung weitere Fortschritte gemacht, während sich die Truppen Schangsuehliangs in Unordnung zurückzogen.

Atatürk führt Besprechungen im Generalstab

Ankara, 23. Dez. (A.A.)

Der Präsident der Republik, Atatürk, begab sich heute in Begleitung des Ministerpräsidenten Ismet Inönü in das Gebäude des Großen Generalstabes und hatte dort eine etwa zweistündige Unterredung mit dem Chef des Großen Generalstabes, Marschall Fevzi Çakmak.

Ministerrat

Ankara, 23. Dezember.

Der Ministerrat trat heute zu einer wichtigen Besprechung zusammen, die mehrere Stunden dauerte.

Vom Kamutay

Ankara, 23. Dez. (A.A.)

Der Kamutay trat heute unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Cantez zusammen und nahm den Gesetzentwurf über Umschreibungen in Höhe von insgesamt 1.091.579 Türkpfund in den Haushalten einiger Behörden für das Finanzjahr 1936 an. Der Kamutay vertagte sich hierauf auf Montag, den 28. Dezember.

Ausbau der Bewässerungsanlagen

Ankara, 23. Dezember.

Das Ministerium für Oeffentliche Arbeiten hat einen wichtigen Gesetzentwurf für den Ausbau der Bewässerungsanlagen und der Wasserregulierungen ausgearbeitet. Die Kosten der Durchführung des Entwurfes, der den einzelnen Ministerien zur Begutachtung vorgelegt wurde, werden auf 31.000.000 Türkpfund veranschlagt, welcher Betrag innerhalb von fünf Jahren aufgebracht werden wird.

Englands erster Botschafter in Kairo

Aufgrund des kürzlich unterzeichneten englisch-ägyptischen Vertrages ist Sir Miles Lampson, der bisherige Oberkommissar in Aegypten und im Sudan, zum englischen Botschafter in Kairo ernannt worden.

Deutschland an der Spitze der europäischen Rundfunkländer

Berlin, 24. Dezember.

In ganz Deutschland sind nach der letzten amtlichen Feststellung 7,940.000 Rundfunkhörer zu verzeichnen. Damit steht Deutschland an der Spitze aller europäischen Rundfunkländer und hat das bisher an erster Stelle stehende England um mehr als 40.000 Hörer übertroffen. Schon einmal, nämlich in der Zeit von 1929-1931, hielt Deutschland in Bezug auf Rundfunkhörerzahl den ersten Platz in Europa inne, doch konnte es diese Stellung auf die Dauer gegen England nicht halten.

Ausbau des amerikanischen Neutralitätsgesetzes

Washington, 23. Dez. (A.A.)

Roosevelt und der Vorsitzende des Parlamentsausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten, Reynolds, haben Besprechungen geführt und den Plan erörtert, die Frage der Bürgerkriege im neuen Neutralitätsgesetz, das dem Kongreß im Januar vorgelegt werden soll, einzuschließen.

Am Schluß der Aussprache mit Roosevelt gab Reynolds die Erklärung ab, er sei der Ansicht, daß der Präsident über Machtvollkommenheiten verfügen müsse, um sich auf das Neutralitätsgesetz zu berufen, falls Bürgerkriege den allgemeinen Frieden gefährden würden.

Proteststreik in Frankreich

Nantes, 24, Dezember.

In der westfranzösischen Stadt Nantes sind alle 800 Arbeiter der dortigen staatlichen Tabakmanufaktur zum Protest wegen der Entlassung zweier Arbeiter in den Streik getreten. Die Streikenden besetzten zuerst den Betrieb, räumten ihn aber schließlich, nachdem ihnen von den Behörden Zusicherungen gemacht worden waren.

*

Paris, 24, Dezember.

Der Bürgermeister der französischen Stadt Bordeaux hat ein Verbot erlassen, dem zufolge Zeitungen und Zeitschriften an Sonnabenden und Sonntagen nicht mehr durch Ausrufen in den Straßen der Innenstadt verkauft werden dürfen. Der Grund für diese Maßnahme liegt darin, daß es in der letzten Zeit mehrfach zwischen Zeitungsverkäufern verschiedener politischer Einstellung zu Streitigkeiten kam, die so ausarteten, daß die Polizei eingreifen mußte, um die Ordnung wiederherzustellen.

Jugoslawiens Ministerpräsident reist nach Bukarest

Der jugoslawische Ministerpräsident Stoiadinowitsch wird in dieser Woche nach Rumänien reisen, um dort an der königlichen Jagd, die während der Weihnachtsfeiertage veranstaltet wird, teilzunehmen. König Carol, Ministerpräsident Tatarescu und Außenminister Antonescu werden ebenfalls an der Jagd teilnehmen. Obgleich der Besuch des jugoslawischen Ministerpräsidenten einen rein privaten Charakter trägt, wird er dem König und den beiden Ministerpräsidenten die Möglichkeit geben, die Rumänien- und Jugoslawien berührenden Fragen im Rahmen der Kleinen Entente zu erörtern.

Frankreich beharrt auf seinem Standpunkt in der Sandschakfrage – Möglichkeit neuer Verhandlungen vor dem Wiederzusammentritt des Rates

Ein neuer Ueberwachungsplan

Neue Machtvollkommenheiten für Roosevelt?

Deutsche Erwägungen

Das europäische Gleichgewicht beruht nicht allein auf wirtschaftlicher Zusammenarbeit

Wiederaufleben der Stresa-Front?

Berlin, 23. Dezember (A.A.)

Die deutschen Zeitungen beschäftigen sich mit der de facto-Anerkennung des italienischen Imperiums durch Frankreich und Großbritannien und berichten von Bestrebungen, die Stresa-Front wieder herzustellen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" stellt einen engen Zusammenhang zwischen der Entwicklung der französisch-italienisch-britischen Beziehungen und der kürzlichen Eden-Rede fest. Die Errichtung französischer und englischer Konsulate in Aethiopien bedeutet für Mussolini einen entscheidenden Erfolg, besonders aus dem Grunde, da er eine Entspannung im Mittelmeer einschließt. Doch kann das europäische Gleichgewicht nicht allein auf einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit vor allen Dingen mit Deutschland beruhen, wenn sie an Bedingungen gebunden wird, die von Eden festgelegt worden sind, indem er erklärte, er müsse die Gewißheit haben, daß die wirtschaftliche Hilfe nicht allein den Rüstungen zugute komme.

Römische Presse befriedigt

Rom, 23. Dezember (A.A.)

Die römischen Zeitungen beurteilen durchweg günstig die englisch-französische Entscheidung, die Gesandtschaften in Addis-Abeba in Generalkonsulate umzuwandeln.

Die Zeitung „Giornale d'Italia" schreibt:

Dieser Beschluß kündigt eine Beruhigung der Gemüter und eine Bereinigung der internationalen Atmosphäre an. Das italienische Volk nimmt von diesem Akt, der den Regierungen, die ihn beschlossen haben, Ehre macht, mit Befriedigung Kenntnis.

Das Blatt „Lavoro Fascista" erklärt:

Heute erkennt die Welt durch die Tatsachen das politische Genie Mussolinis an.

„Tribuna" schreibt: Wir können heute sagen, daß der Augenblick für eine Wiederaufnahme der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Italien besonders günstig ist. Die Wiederherstellung des guten, französisch-italienischen Einvernehmens entspricht einer allgemeinen Notwendigkeit, die vom Volke empfunden wird.

Wien zur Lage

Die amtlichen österreichischen Kreise haben mit Befriedigung den in Paris, London und Washington gefaßten Entschluß aufgenommen, Generalkonsulate in Addis-Abeba zu errichten. Diese Entscheidung wird dazu beitragen, eine Entspannung in den französisch-italienisch-englischen Beziehungen zu verwirklichen.

Oesterreich hat stets den Bruch der Stresa-Front bedauert und kann nur die Wiederherstellung der herzlichen Beziehungen zwischen Paris, London und Rom wünschen.

Kurzmeldungen vom Tage

Anläßlich des Weihnachtsfestes sind in Litauen eine Anzahl von politischen Gefangenen begnadigt worden, darunter auch einer, der im sogenannten Memelländer-Prozeß zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war.

In diesem Prozeß waren seinerzeit 57 Angeklagte verurteilt worden, davon wurden 27 begnadigt, 4 brauchten die Strafe nicht anzutreten, 1 ist in der Haft gestorben und 11 haben ihre Strafe bereits verbüßt. Somit sind aus diesem Prozeß noch 44 Verurteilte im Zuchthaus.

*

Der österreichische Bundeskanzler Schuschnigg hält heute, am Heiligen Abend, eine Ansprache an seine österreichischen Landsleute im Ausland, und zwar im Rahmen einer Rundfunksendung „Der Ruf der Heimat", die vom Sender Bisamberg in der Zeit von 21—22,10 Uhr MEZ übertragen wird.

*

Aus der Vatikanstadt wird gemeldet, daß der Papst heute um 12,30 Uhr seine Weihnachtsbotschaft verkünden wird. Die Ansprache wird von den meisten ausländischen Sendern übernommen werden. Die Rede des Papstes wird kurz sein. Er wird den Ernst der Weltlage hervorheben und auf die großen Richtlinien zum Wohl der Menschheit hinweisen.

Der Gesundheitszustand des Papstes ist unverändert. Er hat noch immer Schmerzen am rechten Bein, trotzdem hat er mehrere Besuche empfangen.

*

Die seit einiger Zeit geführten deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen wurden gestern mit dem Abschluß mehrerer Uebereinkommen betreffend den Waren-, Kapital- und Reiseverkehr beendet. Die Abkommen gelten jedoch als eine vorläufige Regelung nur bis zum 31. März 1937.

*

Aus Rom wird gemeldet, daß die beiden Söhne des Ras Kassa in Fiece erschossen worden sind. Die zuständigen italienischen Kreise heben hervor, daß jetzt die letzte Möglichkeit des Widerstandes in Aethiopien aus dem Wege geräumt ist.

*

In Oslo wird amtlich bestätigt, daß sich Trotzki auf dem Wege nach Mexiko befindet.

*

„Echo de Paris" teilt mit, daß der rumänische Generalstabschef, General Samsonowitsch, nach Paris reisen wird, um dort mit den französischen Militärbehörden die Fühlung aufzunehmen.

An der Nordwestgrenze von Britisch-Indien ist es in den letzten Tagen neuerlich zu blutigen Zusammenstößen zwischen Eingeborenen und anglo-indischen Truppen gekommen. Auf Seiten der Engländer sind 1 Offizier und 3 Soldaten gefallen. Außerdem ist eine beträchtliche Zahl von Verwundeten zu verzeichnen.

*

In einem an die „Times" gerichteten Brief spricht sich Lord David Cecil für eine Regelung des deutschen Kolonialproblems aus. Er weist daraufhin, daß er seit der Veröffentlichung seines ersten Briefes zahlreiche Briefe erhalten hat, die seine Ansicht bestätigen.

*

Der französische Senat hat gestern seine Beratungen über die Finanzreform fortgesetzt und mehrere Artikel des Gesetzentwurfes mit leichten Abänderungen angenommen.

*

Die englischen Gewerkschaften haben dem Ausschuß für die Unterstützung der spanischen Regierungspartei einen Betrag von 1000 Pfund Sterling zur Verfügung gestellt.

*

Vor dem Prinzen Bernhard von Lippe-Biesterfeld, dem Verlobten der Kronprinzessin Juliana von Holland, fand gestern im Haag eine große Militärparade statt.

Bankfeiertag

Die hiesigen Banken werden anläßlich des Jahreswechsels ihre Schalter am 31. Dezember mittags schließen und auch am 1. Januar 1937 geschlossen bleiben.

Bergwerksunglück

Aus Muğla wird berichtet, daß in einem dortigen Bergwerk eine Galerie einstürzte und 5 Bergarbeiter verschüttete.

Zum Weihnachtsfest entbietet die „Türkische Post" ihren Lesern die herzlichsten Glückwünsche.

*

Morgen erscheint die „Türkische Post" nicht.